

Haushalt der Stadt Heidelberg 2011/2012

Pressemitteilung der Bunten Linken zur Veranstaltung am 25.1.2011

„Die Rahmenbedingungen für den kommunalen Haushalt werden von Bund und Land gesetzt“, so Bernd Zieger, Landtagskandidat von DIE LINKE, auf einer Veranstaltung der Bunten Linken und der Linken zum Haushalt der Stadt Heidelberg. Dies betreffe nicht nur die Einnahmen, sondern auch einen großen Teil der Ausgaben. „Die Sozialausgaben sind laufend gewachsen, ohne dass der Bund die Gemeinden hierfür mit entsprechenden Mitteln ausgestattet hat. Gründe für den Anstieg seien die gestiegene Zahl der Arbeitslosen und der Alleinerziehenden, Behinderten und Erwerbsunfähigen. Unbedingt notwendig sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde. Dieser entlaste auch die Kommunen finanziell, da dann weniger Personen auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Kurzfristig habe sich die Finanzlage der meisten Kommunen in Baden-Württemberg im Jahre 2010 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise dramatisch verschlechtert. Deshalb fordere DIE LINKE ein Hilfsprogramm des Landes im Umfang von 5 Milliarden Euro, für notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Auch die Stadt Heidelberg sei nicht in der Lage, die notwendigen Eigenmittel zur Finanzierung der dringenden Investitionen bereitzustellen, erläuterte Hilde Stolz. Nach dem Haushaltsentwurf soll sich der Schuldenstand von 164 Millionen EUR Ende 2010 auf 290 EUR im Jahre 2015 erhöhen. „Einen solchen in der Geschichte der Stadt beispiellosen Anstieg der Verschuldung wollen wir nicht zustimmen“, so die Stadträtin. Arnulf Weiler-Lorentz schlug eine deutliche Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer vor. Diese Steuer müsse in gleichem Verhältnis, zumindest um den gleichen Betrag, steigen wie dies für die Grundsteuer vorgesehen sei. Die Bewältigung der schwierigen Haushaltssituation erfordere einen Beitrag von allen, nicht nur von den Mietern, an die die Grundsteuer letztlich weitergereicht werde. Auch die Einsparvorgaben des

Oberbürgermeisters für die städtischen Ämter und bei den Zuschüssen an soziale und kulturelle Gruppen müssten ausgewogen erfolgen. Eine Erhöhung der vorgesehenen Haushaltssperre und eine Verschiebung von Investitionen sollen zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen. Nur für wenige Bereiche kommen für die Bunte Linke/Die Linke Erhöhungen infrage, etwa für Planungsmittel für eine Straßenbahn in die Altstadt und für ein Metropolticket für Sozialhilfeempfänger.

In der Diskussion wurde dieser Straßenbahnausbau kritisch bewertet, der Schwerpunkt lag jedoch auf Steuergerechtigkeit („Reichensteuer“) und auf der Verteilung der Steuern auf Bund, Land und Gemeinden.